

Wir haben was zu sagen! Demokratie braucht Jugendpolitik

1. Es geht um unsere Zukunft!

Demokratie ist kein Selbstläufer, wir müssen etwas für sie tun. Und wir wollen etwas für sie tun! Als BDKJ Bayern ist es für uns wesentlicher Bestandteil unseres Selbstverständnisses, auf allen Ebenen unseres Verbands demokratisch zu handeln und so Verantwortung zu übernehmen, unser Lebensumfeld mitzugestalten und für unsere Werte und Überzeugungen einzutreten.

Jetzt erleben wir eine Zeit, in der politische Trends wie das Erstarken von vereinfachendem Populismus in Verbindung mit Rechtsextremismus und „Fake-News“ die Nachrichten beherrschen und den Hintergrund bilden, vor dem politische Debatten ausgetragen werden.

Gleichzeitig oder gerade deswegen steigen politisches Interesse und politische Aktivität junger Menschen - schließlich geht es um unsere Zukunft!

Um diese Zukunft aktiv zu gestalten und unsere Demokratie mit Leben zu füllen braucht es eine starke Jugendpolitik, die den Blick auf junge Menschen richtet, sie ernst nimmt und auf allen politischen Ebenen Beteiligung ermöglicht - von der Weltpolitik bis ins kleinste Dorf!

2. Mit uns, für uns - bloß nicht ohne uns!

An eindeutigen politischen Willenserklärungen zur Bedeutung eigenständiger Jugendpolitik auf allen politischen Ebenen mangelt es nicht.¹ Bedenkt man, wie

¹ Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene stellt den hohen Stellenwert und wesentliche Eigenschaften von Jugendpolitik deutlich heraus: „Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirklichen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen, ressortübergreifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat. Gemeinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden entwickeln wir das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik weiter. Wir wollen Jugendlichen Freiräume ermöglichen, ihnen Chancen eröffnen und Rückhalt geben. Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen „Jugend-Check“ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.“ (Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, 101.) Im vom Bayerischen Landtag beschlossenen Bericht der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ sprachen sich 2008 alle Landtagsfraktionen unmissverständlich für die Bedeutung von eigenständiger Jugendpolitik aus. Vgl. Bayerischer Landtag, Bericht der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern-Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“, Drs. 15/10881, 9ff.. Das Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen

unterrepräsentiert junge Menschen in politischen Prozessen sind - gemessen am Ausmaß der Auswirkungen politischer Entscheidung auf deren Zukunft - scheint es die logische Konsequenz zu sein, Jugendpolitik eine hohe Bedeutung einzuräumen.² In der politischen Praxis sehen wir jedoch noch viel Potential, Jugendpolitik weiterzuentwickeln und mit Inhalt zu füllen.

Die Prinzipien der kirchlichen Jugendarbeit, die in der Würzburger Synode³ grundgelegt sind und die unsere Erfahrungen als Jugendverband prägen, können auch für eine starke Jugendpolitik leitend sein: Subsidiarität, Orientierung an der Lebenswirklichkeit junger Menschen, die Bereitstellung von Räumen, personales Angebot sowie das Ziel, einen Rahmen bereitzustellen, der es jungen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten und ihr Leben aktiv zu gestalten.

2.1 Jede Politik ist Jugendpolitik

Jugendpolitik findet nicht nur statt, wenn es explizit um Fragen der Jugend und der Jugendhilfe geht, sondern immer dann, wenn sich die Folgen politischer Entscheidungen auf junge Menschen aktuell und/oder in ihrer Zukunft auswirken. Folglich erstreckt sich Jugendpolitik auf beinahe alle Handlungsfelder von Politik. Als Querschnittspolitik hat Jugendpolitik die Aufgabe, einen Beitrag zu Generationengerechtigkeit und zur Chancengleichheit zu leisten und jungen Menschen Lebensperspektiven zu eröffnen.

Gerade angesichts der aktuellen demographischen Entwicklungen - vor allem in den ländlichen Räumen Bayerns - muss die Querschnittsaufgabe Jugendpolitik auf allen Ebenen dringend an Bedeutung gewinnen. Wichtige Weichen kann in Bayern die Landespolitik stellen.

Staatsregierung weist in Konsequenz der Enquete-Kommission auf die Bedeutung von Jugendpolitik hin: „Potenziale entfalten - Gesellschaftliches Miteinander gestalten - Brücken bauen“. Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, Beschluss vom 11.6.2013.

² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Jugend ermöglichen! Die Broschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin, 2017, S. 37: „Insgesamt stellten unter 25-jährige bei der Bundestagswahl 2013 nur 8,8 Prozent der Wahlberechtigten und 7,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Und nur drei Prozent der Wahlberechtigten waren zwischen 18 und 21 Jahren alt. (...) Zum Vergleich: Mehr als jede*r fünfte Wähler*in bei der Bundestagswahl 2013 war älter als 70 Jahre.“

³ Vgl. und Ziele und Aufgaben Kirchlicher Jugendarbeit. Beschluss der Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland vom 8.5.1975. Der Synodenbeschluss stellt einen Eckpunkt dar, an dem sich kirchliche Jugendarbeit bis heute in ihren Grundlagen messen orientieren muss.

Daher fordern wir:

- Entwicklung objektiver Kriterien zur Evaluierung politischer Prozesse aus der Perspektive junger Menschen - natürlich unter Beteiligung junger Menschen - und Etablierung eines verbindlichen „Jugend-Checks“⁴. Dessen Implementierung kann aufbauend auf die Erfahrungen der auf bundesdeutscher Ebene eingerichteten „Kompetenzstelle Jugendcheck“ geschehen.
- Jugendpolitik als fester Bestandteil der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie und als Schwerpunkt einer für Bayerns Regionen angepassten Demographie-Strategie.
- Konsequente Weiterarbeit an den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ z.B. durch regelmäßige Anhörung der Jugendverbände und kontinuierliche Berichterstattung der Bayerischen Staatsregierung im Bayerischen Landtag.

2.2 Politische Bildung als Grundlage für wirksame Jugendpolitik

Die politische Bildung führt an bayerischen Schulen mit dem Fach Sozialkunde eine Randexistenz. Die außerschulische politische Bildung - wozu Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag leistet - kompensiert bereits viele Defizite und bietet praktische Lernfelder, die für eine gelungene politische Partizipation notwendig sind. Nur wer selbst erlebt, dass Engagement etwas bewirkt, kann auch begreifen, dass politische Beteiligung in der Demokratie eine notwendige Bedingung für ihr Gelingen ist.

Gleichzeitig steigen in Zeiten von „Fake-News“ und einem großen Informations- und Nachrichtenangebot im Online-Zeitalter die Anforderungen an politische Bildung: Informations- und Medienkompetenz werden zu entscheidenden Schlüsselqualifikationen. Aufgabe und zugleich Grundlage wirksamer Jugendpolitik ist die politische Bildung - Jugendpolitik ist auch „Bildungs- und Befähigungspolitik“⁵.

Daher fordern wir:

- Ausbau der politischen Bildung an allen Schularten Bayerns mit Schwerpunkt auf altersgerechtem, projektbezogenem, handlungsorientiertem Lernen.
- Ermöglichen von Partizipationserfahrungen in Unterricht und Schulleben z.B. durch Schulprojekte und Planspiele.

⁴ Vgl. U-28 Strategie „Die Zukunft lacht“ des BDKJ-Bundesverbands www.bdkj.de/themen/u-28/.

⁵ Pletzer, Winfried, Kommunale Jugendpolitik: Rahmenbedingungen, Leitlinien, Gestaltung, in: Lindner, Pletzer (Hgg.), Kommunale Jugendpolitik, Weinheim 2017, 85.

- Ausbau der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildungsangebote in Bayern vor allem bei freien Trägern, parteinahen Stiftungen, politisch engagierte Stiftungen und internationalen Institutionen.
- Weitere Stärkung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit als Orte politischer Bildung, die die Selbstverantwortung der jungen Menschen stärken.
- Finanzielle Anreize für Bildungsträger politischer Bildung für jugendgerechte Angebote.
- Reform der Landeszentrale für politische Bildung in Bayern, die in ihren Angeboten und Zielgruppen zum ersten Partner für Jugendpolitik werden sollte, unter anderem in den Themen Integration, Erinnerungsarbeit und Kommunalpolitik, Demokratie und Friedenserziehung.
- Ausbau medienpädagogischer Angebote mit dem Ziel politischer Beteiligung und kritischer Medienkompetenz v.a. in ländlichen Räumen.

2.3 Jugendbeteiligung als zentraler Bestandteil und Ziel von Jugendpolitik

Jugendpolitik kann nur dann gelingen, wenn auf allen politischen Ebenen Jugendbeteiligung ermöglicht und gefördert wird. Das haben wir seit 2012 immer wieder in der Politik vorgebracht, die Position „Mehr Partizipation und politische Bildung für Bayern“ beschreibt unsere Sichtweise „Jugendbeteiligung ist das Recht der Jugend auf Zukunft!“ am besten:

„Jugendbeteiligung ist als ein einforderbares Recht für junge Menschen umzusetzen, das sie als Handelnde in demokratischen Prozessen ernstnimmt. Deutschland hat sich rechtsverbindlich an die UN-Konvention über die Rechte des Kindes gebunden. Diese legt hohe Standards an die Partizipation junger Menschen bis 18 Jahren an. Allerdings gelingt es noch nicht immer, diese allgemeinen Rechte in konkrete Ausführungsbestimmungen umzusetzen - gerade in Bayern.⁶ Hier gibt es beispielsweise noch keine rechtlichen Grundlagen für die Partizipation junger Menschen auf kommunaler Ebene.“⁷

⁶ Das Länderausführungsgesetz zum SGB VIII / KJHG enthält in Bayern, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keinen Bezug zur Partizipation. Hingegen regelt beispielsweise das Jugendförderungsgesetz von Schleswig-Holstein zur Ausführung des KJHG in § 4 Abs. 3: „Kinder und Jugendliche sollen an Planungen in den Gemeinden in angemessener Weise beteiligt werden, soweit ihre Interessen hiervon berührt werden“.

⁷ Vgl. Beschluss „Jugendbeteiligung bewegt das Land - Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern!“ des KLJB-Landesausschusses I/2012 in Pappenheim und Beschluss „Mehr Partizipation und Politische Bildung in Bayern, BDKJ-Landesversammlungsbeschluss 2012.“

Jugendbeteiligung ist also ein Grundrecht von jungen Menschen, das auch in allgemeinen Zielbestimmungen enthalten sein muss. Jugendbeteiligung darf für uns nicht vom Zufall der Interessen einzelner BürgermeisterInnen und LandrätInnen abhängig sein: „Beteiligung von jungen Menschen ist kein jugendpolitisches Feigenblatt. Wer Beteiligung nicht ernst meint, der sollte besser darauf verzichten.“⁸

Kern der repräsentativen Demokratie ist das Recht, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen. In Bayern wird dies derzeit bis zum 18. Lebensjahr verwehrt. Die Jugend wünscht sich mehr Entscheidungsrechte⁹. Sie weiterhin von dieser direktesten Form politischer Partizipation auszuschließen, kann sich keine Gesellschaft erlauben. In unserer Kirche sind wir schon weiter: 2018 sind bei den Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswahlen zum wiederholten Mal 14jährige wahlberechtigt.

Daher fordern wir:

- Verankerung von Jugendbeteiligung als Grundsatz in der Bayerischen Verfassung, in der Bayerischen Gemeinde- und Landkreisordnung sowie in den Geschäftsordnungen der Kommunen und Landkreise und Legitimation der nötigen Instrumente - aufbauend auf dem Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung von 2013¹⁰.
- Erarbeitung und Etablierung verbindlicher Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung - unter Beteiligung junger Menschen.
- Einführung des aktiven Wahlrechts, d.h. des Rechts auf Teilnahme an Wahlen sowie Abstimmungen auf allen politischen Ebenen ab 14 Jahren.
- Ausbau des Petitionsrechts und Ermöglichung einfacher Online-Petitionen.
- Bereitstellung von Fördermitteln für neue Modellprojekte „Jugendpolitik ist Beteiligung“¹¹.
- Umsetzung des bereits 2015 auf den Weg gebrachten Fachprogramms „Demographie und Partizipation“.

⁸ Günter Katheder-Göllner: Dass es morgen besser ist als heute... Kommunale Jugendpolitik und Jugendarbeit im Landkreis Donau-Ries, in: Lindner, Pletzer (Hg.), Kommunale Jugendpolitik, Weinheim 2017, S. 380-389 (386)

⁹ VERWEIS AUF Z.B. SHELL-JUGENDSTUDIE

¹⁰ „Potenziale entfalten - Gesellschaftliches Miteinander gestalten - Brücken bauen“. Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, Beschluss vom 11.6.2013.

¹¹ Aufbauend auf der 2017 vom Bayerischen Jugendring begonnen Studie „Politische Beteiligung junger Menschen in Bayern“ (Umfrage bei 6.000 jungen Menschen im Alter von 14-27 Jahren).

2.4 Jugendpolitik fängt in der Gemeinde an

Jugendpolitik ist keine Kür für besonders motivierte BürgermeisterInnen; sie ist auch mehr als nur ein Standortvorteil von Gemeinden im Wettbewerb um junge Menschen. Sie ist kommunale Pflicht- und Gestaltungsaufgabe. Die kommunale Jugendhilfeplanung kann dabei als bereits vorhandenes Instrument genutzt werden.¹²

Besonders in ländlichen Räumen bietet die politische Ebene der Kommune ein großes Potential für konkrete Partizipation: eine überschaubare Struktur, die unmittelbare Betroffenheit, die Sichtbarkeit der Ergebnisse sowie ein persönlicher Bezug zu Handlungsträgern.

Gleichzeitig bietet die Entwicklung einer sozialraumorientierten Jugendpolitik und die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten die große Chance, einen Lebensraum zu gestalten, der für junge Menschen attraktiv ist und es besonders ländlichen Gemeinden ermöglicht damit der Abwanderung entgegen zu wirken.

Daher fordern wir:

- Verankerung von Instrumenten und Evaluierungsmethoden zur Jugendbeteiligung in der Bayerischen Gemeindeordnung.
- Jugendbeteiligung und „Jugend-Check“ als verpflichtende Voraussetzung für Fördermaßnahmen zur ländlichen Entwicklung (z.B. Dorferneuerung).
- Implementierung des Themenfelds Jugend in staatlich geförderte Programme wie z.B. „Zentrum für Nachhaltige Kommunalentwicklung“.
- Qualitätsstandards für „jugendfreundliche Kommunen“.
- Ausbau der Bildungsangebote des BJR und des Bayerischen Gemeindetags für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, insbesondere die Jugendbeauftragten der Gemeinderäte sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jugendringe in Jugendhilfeausschüssen hinsichtlich Jugendpolitik und Jugendbeteiligung.
- Anstoß von Modellprojekten zur Jugendbeteiligung in der Kommune - sowohl dauerhaft (z.B. Jugendparlamente, Jugendbeiräte) als auch projektorientiert (z.B. Bauleitplanung).

¹² Vgl. Merchel, Joachim, Kommunale Jugendhilfeplanung als Instrument zur Herausbildung einer eigenständigen Jugendpolitik auf kommunaler Ebene, www.allianz-fuer-jugend.dei/Autorenbeiträge.

3. Und jetzt?! Aktuelle Herausforderungen für die Jugendpolitik

Die Lebensphase Jugend verläuft nicht isoliert von gesellschaftlichen Entwicklungen, junge Menschen sind Teil der Gesellschaft und prägen die Gesellschaft. So muss Jugendpolitik auch immer aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aus der Perspektive junger Menschen vor Ort aufgreifen. Unsere Erfahrung zeigt, dass in der aktuellen Situation im breiten Themenspektrum von Jugendpolitik besonders die beiden Themenfelder Integration und Rechtsextremismus herausfordern.

3.1 Jugendpolitik schafft Orte für Integration

Spätestens seit der Aufnahme vieler Schutzbedürftiger 2015/16, darunter sehr viele junge Menschen, ist Integration zu einem wichtigen Element von Jugendhilfe, Jugendarbeit und somit von Jugendpolitik geworden. Jugendarbeit und -verbände stellen sich aktiv dieser Herausforderung und sind häufig Vorreiter für gelingende Integration.¹³ Als junge Christinnen und Christen im BDKJ Bayern entspricht es unserem Selbstverständnis, offen und positiv auf Veränderungen zu reagieren und ohne Angst auf andere Menschen zuzugehen. Gleichzeitig haben wir den Anspruch, diesen Prozess politisch mitzugestalten und erwarten daher die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ehrenamtliches Engagement fördern und begleiten und eine Kultur des Miteinanders junger Menschen unterstützen.

Daher fordern wir:

- Ausbau der finanziellen Förderung von Integrationsprojekten und -veranstaltungen; Förderung von Bildungsangeboten beispielsweise für interkulturelles Lernen, zu Fluchtursachen und Asylverfahren u. ä., vor allem auch in ländlichen Räumen;
- Bedarfsgerechte und flächendeckende Ausstattung der Jugendmigrationsdienste mit ihrer Beratungsarbeit sowohl in Städten als auch in ländlichen Räumen
- Eintreten gerade der Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker für eine kulturell sensible und positive Integrationspolitik
- Qualifikation zum Thema Migration/interkulturelle Arbeit für Ehrenamtliche sowie pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit

¹³ Der im Dezember 2016 erschienene KLJB-Werkbrief „Integration auf dem Land“ zeigt anhand vieler positiver Beispiele und Anregungen, wie wichtig persönliche Begegnungen und Jugendräume bei der Integration junger Menschen auf dem Land sind.

3.2 Jugendpolitik ist Prävention von Rechtsextremismus und Populismus

Rechtsextreme und rechtsorientierte Parteien werden in vielen Ländern in Europa wieder stärker, die politische Lage ist unübersichtlich geworden.¹⁴ Populismus scheint die politische Debatte immer mehr zu beherrschen, bietet vereinfachte Lösungen für komplexe Probleme und versucht das Konzept „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zu verbreiten. Rechtsextreme und populistische Gruppen versuchen auch in Bayern, Fuß zu fassen, Vereine zu unterwandern und die komplizierte Lage für ihre Zwecke auszunutzen.

Die Jugendarbeit insgesamt und der BDKJ Bayern im Besonderen setzen dagegen bereits viele Akzente für einen optimistischen Blick in die Zukunft. Wir setzen auf pädagogische Arbeit, gelebte Bündnisse für Demokratie und Aufklärung als Mittel gegen Rechtsextremismus und Populismus. Doch das Wissen über aktuelle rechtsextreme Strategien ist noch unterentwickelt, ausufernde Hetze im Internet braucht passende Gegenstrategien.

Leider ist die für passende Bildungs- und Beratungsangebote notwendige Struktur in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern noch sehr schwach: „Bündnisse für Toleranz und Demokratie“ und Angebote der Beratungs- und Präventionsarbeit für Schule und Jugendarbeit brauchen mehr Anerkennung und Förderung ihrer Arbeit.

Daher fordern wir:

- Selbstverpflichtungen aller Politikerinnen und Politiker, nicht mit populistischer Sprache und auf Kosten von Minderheiten Wahlkampf zu betreiben.
- Überarbeitung für das „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ von 2009 unter Beteiligung von Wissenschaft, Verbänden und Jugendarbeit und es über den Bereich der Repression/Sicherheitspolitik hinaus mit passenden Maßnahmen für Prävention in der demokratischen Zivilgesellschaft zu ergänzen.
- Ausbau mobiler zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, insbesondere der LKS¹⁵ und Förderung für „Bündnisse für Toleranz und Demokratie“ in ganz Bayern.

¹⁴ Wir konzentrieren uns in diesem Abschnitt auf die durch Gewalt und Wahlerfolge sehr bedrohliche Gefahr des Rechtsextremismus. Andere wie islamistische oder linksextreme Gefahren brauchen für uns andere Analysen und Antworten in Jugendarbeit, Politik, Kirchen/Religionsgemeinschaften und Gesellschaft.

¹⁵ Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus

- Qualifikation zum Thema Rechtsextremismus und Hetze im Internet für Ehrenamtliche sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit.

4. Jugendpolitik braucht Jugendarbeit

Jugendarbeit ist Lernfeld und Ort gelebter Demokratie und somit immer auch Ort von Jugendpolitik. Und selbstorganisierte, verbandliche Jugendarbeit ist kein Auslaufmodell!¹⁶ Besonders in ländlichen Räumen ist sie wesentliches Element der Bildungsarbeit, der Freizeitgestaltung und der Jugendkultur vor Ort.¹⁷ Junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen und selbstwirksam zu handeln und so ihren Sozialraum mitzugestalten. Jugendarbeit bietet eine Plattform, auf der alle Themen, die junge Menschen beschäftigen - von der Weltpolitik bis hin zum Maibaum - diskutiert und bearbeitet werden und wo junge Ideen entstehen. Doch Jugendarbeit braucht eine stetige Weiterentwicklung sowie die Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen, da gerade Veränderungen in der Lebenswirklichkeit junger Menschen (z.B. die Verringerung freier Zeit durch Veränderungen von Schule, ...) ständig neue Antworten brauchen.

Daher fordern wir:

- Stärkung der selbstorganisierten, verbandlichen und offenen Jugendarbeit und Erhaltung der jeweiligen Freiräume.
- Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung bzw. Instandhaltung von Jugendräumen.
- Kostenfreie Bereitstellung von Räumen für Jugendarbeit durch Kommunen und Pfarrgemeinden.
- Bereitstellung von Mitteln für ausreichend pädagogisches Personal in Einrichtungen der Jugendarbeit.
- Eine ausgewogene Förderpraxis von Projektförderung und institutioneller Förderung bei öffentlichen Fördermaßnahmen für die Jugendarbeit.

¹⁶ Die Leistungsstatistik der Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern von 2016 zeigt für die kirchliche Jugendarbeit deutlich, wie viele junge Menschen sich in der Jugendarbeit engagieren, regelmäßig Veranstaltungen besuchen und festen Jugendgruppen angehören. Drei Viertel der Veranstaltungen bekommen dabei bisher gar keine staatliche Förderung.

¹⁷ Vgl. Studie „WIR Landjugend“ der Evangelischen Landjugend Bayern, die 2014 Erfolgsfaktoren der Landjugendarbeit untersucht hat.

5. Wir gestalten Jugendpolitik selbst - uns gehört die Zukunft!

Der BDJ Bayern sieht sich selbst in der Verpflichtung, Jugendpolitik auf allen Ebenen selbst zu gestalten, passende Angebote zu machen und neue Förderprogramme zu nutzen. Uns eint das Bewusstsein, dass Jugendarbeit viel leistet für Demokratie, Integration und starke soziale Räume. Gleichzeitig erwarten wir von der Politik, junge Menschen in ihren Anliegen wahrzunehmen und ernst zu nehmen, anstatt defizitär auf die zukünftige Generation zu blicken.

Einer bis auf die unteren Ebenen der Gemeinden vernetzten Jugendpolitik und einer ernstgemeinten Jugendbeteiligung werden die jungen Menschen den Weg ebnen wir sind bereit für die Zukunft.

katholisch.

politisch.

aktiv.